

An die Bürgermeisterin Frau Schemmann

Nordwalde, den 08.12.2020

**Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90 / die Grünen zur Anpassung des Haushaltsentwurfs 2021 der Gemeinde Nordwalde - Realisierung Klimaneutralität Bebauung**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Schemmann,

die Ratsfraktion von Bündnis 90 / Die Grünen stellt für den Rat am 15.12.2020 zum Thema Verabschiedung Haushalt 2021 folgenden Antrag:

- Es wird beantragt, ab dem Jahr 2021 in den Haushalt der Gemeinde Nordwalde ein zweckgebundenes Budget zur Realisierung der Klimaneutralität in Höhe von 50.000 Euro p.a. einzustellen.

**Begründung:**

Die Bundesregierung hat zum einen das Pariser Abkommen (Begrenzung globaler Temperaturanstieg deutlich unter – 2 Grad) anerkannt. Zum anderen unterstützt sie das Ziel der EU-Kommission, bis 2050 Klimaneutralität in der EU zu erreichen.

Die Gemeinde Nordwalde hat sich selbst mit der Erstellung des Klimaschutzkonzepts „Energie- und Klimaschutzkonzept Steinfurter Land - Gemeinde Nordwalde“ entsprechende Ziele gesetzt.

Aus diesen Zielen ergeben sich auf kommunaler Ebene entsprechende Effekte/Konsequenzen. Eine zwangsläufige Konsequenz ist, dass alle Immobilien in Nordwalde (geplante und vorhandene Bebauung mit privaten und gewerblichen Immobilien) spätestens ab 2050 klimaneutral sein müssen.

Mit dem oben beantragten zweckgebundenen Budget soll ein Schritt in diese Richtung gegangen werden. Bei Immobilien ergeben sich durch die lange Nutzungsdauer viele langfristige Effekte über 50 – 80 Jahre. Sollen die Immobilien langfristig bis 2050 klimaneutral sein, müssten schon jetzt bei der Planung von neuen Bau-/Gewerbegebieten entsprechende Vorgaben gemacht werden. Geschieht das nicht, ist davon auszugehen, dass die später zu erwartenden Nach- und Umrüstungen einen erheblichen zusätzlichen Aufwand nach sich ziehen werden.

Mit Hilfe des Budgets sollen die Mittel bereitgestellt werden, dass 1. allgemeine Vorgaben für klimaneutrale Gewerbe- und Baugebiete erarbeitet werden können, dass 2. alle vorhandenen und aktuell in Entwicklung befindlichen Planungen zu den Themen Gewerbegebietenentwicklung/Neubaugebiete/ Bebauungspläne etc. geprüft und gegebenenfalls auf die neuen Vorgaben angepasst werden können und dass 3. die Entwicklung aller neuen Bau- und Gewerbegebiete nach diesen neuen Vorgaben erfolgt. So sollen rechtzeitig die notwendigen planerischen Vorgaben für eine Neuausrichtung auf Gemeindeebene mit dem Ziel Klimaneutralität geschaffen werden.

Aufgrund der aktuellen angespannten Finanzlage wird eine Finanzierung über das Jahresergebnis vorgeschlagen. Auch wenn das beantragte Budget aktuell nicht anders finanziert werden kann, ist der Start der Maßnahmen sinnvoll und unter Klimaschutzgesichtspunkten dringend erforderlich. Werden die notwendigen Schritte auf einen späteren Zeitpunkt verschoben, erhöhen sich die dann notwendigen Budgets entsprechend, z. B. kann man bei einer Verschiebung von 10 Jahren aufgrund des dann stark verkürzten Handlungszeitraums mindestens von einer Verdoppelung des Aufwands ausgehen, da die gleichen Maßnahmen dann doppelt so schnell umgesetzt werden müssten. Aus der Gesamtsicht macht der Start zum jetzigen Zeitpunkt also sowohl aus planerischer als auch finanzieller Sicht großen Sinn.

Oliver Hesse (Fraktionssprecher)

Die Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen